

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 07.11.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
 Beginn: 17:30 Uhr
 Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
 Herr Bürgermeister Helling
 Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Nettelstroth	Fraktionsvorsitz,	ab 18:20 Uhr TOP 9
Frau Brinkmann, P.		
Frau Grünewald		
Herr Henrichsmeier		
Herr Hoffmann		
Herr Jung		
Frau Kammeier		
Herr Kleinesdar		
Herr Kleinkes		
Herr Krumhöfner		
Herr Lux		
Herr Meichsner		
Frau Niederfranke		
Herr Nolte		
Frau Osthus		
Herr Röwekamp		
Herr Rüter		
Herr Strothmann		
Herr Prof. Dr. von der Heyden		
Herr Weber		
Herr Werner		

SPD

Herr Fortmeier	Fraktionsvorsitz	
Frau Biermann		
Frau Brinkmann, D.		
Herr Franz		
Frau Gorsler		
Herr Grube	bis 18:45 Uhr (TOP 9)	
Herr Hamann		
Frau Klemme-Linnenbrügger		
Herr Kranzmann		
Herr Lufen		
Herr Nockemann	ab 18:30 Uhr (TOP 9)	
Herr Pläßmann		
Frau Schneider		
Herr Sternbacher		
Herr Suchla		

Herr Dr. Tsapos
 Frau Viehmeister
 Herr Wandersleb
 Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage	Fraktionsvorsitz
Herr Geil	
Herr Grün	
Herr Gutknecht	
Frau Hellweg	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Dr. Ober	
Frau Pfaff	
Herr Rees	
Frau Dr. Schulze	
Herr Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Schulze
 Herr Delius

Bürgernähe

Herr Schmelz

Fraktions- und gruppenlose Ratsmitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Grewel	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Frau Schellong	Mitarbeiterin, CDU-Fraktion
Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen gratuliert Frau Petra Brinkmann zu ihrem Geburtstag und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Sodann eröffnet Herr Oberbürgermeister Clausen die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Frau Schmidt beantragt, die Entscheidung über den Antrag Ihrer Fraktion (Punkt 4.1) auf die nächste Ratssitzung zu verschieben.

Beschluss:

Von der Tagesordnung werden abgesetzt:

1. **TOP 4.1 Sanierung des Freibades Gadderbaum
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 29.10.2013)
Drucksache 6483/2009-2013**
2. **TOP 7 7. Nachtragssatzung der
Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit
Gebührentarif vom 17. November 2001,
Drucksache 6266/2009-2014.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 26.09.2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6466/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 26.09.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-

Zu Punkt 4 Anträge**Zu Punkt 4.1 Sanierung des Freibades Gadderbaum (Antrag der Fraktion Die Linke vom 29.10.2013)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6483/2009-2014

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Vor Eintritt in die Tagesordnung).

-.-

Zu Punkt 5 Abstimmungsergebnis des BürgerentscheidsBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6472/2009-2014

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) würdigt den Erfolg des Bürgerbegehrens und äußert ihre Verwunderung über die Bestrebungen einiger Fraktionen, das Freibad Gadderbaum im Wege der „großen Lösung“ zu sanieren.

Frau Geilhaar (fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied) spricht sich dafür aus, die Abstimmung in Brackwede aufgrund des Verstoßes gegen den Grundsatz der geheimen Wahl zu wiederholen.

Herr Schmelz (Bürgernähe) hält den Beschlusstext „Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Abstimmung im Stadtbezirk 015.4 in der Zeit von 8:00 – ca. 12:23 Uhr unter Verstoß gegen den Grundsatz der geheimen Wahl stattgefunden hat.“ für nicht ausreichend. Er beantrage daher, dass die Verwaltung aufgefordert werde, dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig die Wahlhelfer/-innen besser geschult werden.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass außer Frage stehe, dass das Ergebnis des Bürgerentscheids, der die Wirkung eines Ratsbeschlusses habe, verantwortlich umgesetzt werde. Sie freue sich, dass der Bürgerentscheid – auch aus Sicht der Bezirksregierung – nicht zu beanstanden sei. Für die Sanierung des Freibades müsse jetzt eine Finanzierung gefunden werden, über die der Rat in seiner nächsten Sitzung zu beschließen habe. In diesem Zusammenhang erklärt Frau Rathsmann-Kronshage, dass sie sich hier die Frage stelle, ob es nicht doch sinnvoll gewesen wäre, im Rahmen eines Bürgerbegehrens weiterhin einen Finanzierungsvorschlag zu fordern.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) hält es für bemerkenswert, dass bei der Abstimmung über das Bürgerbegehren eine so hohe Wahlbeteiligung

erreicht worden sei und dass sich die Bürger/-innen gegen die Mehrheitsempfehlung des Rates entschieden hätten. Dies zeige auch, wie schwierig es häufig sei, kommunalpolitische Entscheidung zu treffen. Natürlich werde seine Fraktion das Ergebnis akzeptieren und umsetzen. Wie die Umsetzung erfolgen soll, werde der Rat in seiner nächsten Sitzung beschließen.

Auch Herr Rütter (CDU-Fraktion) betont, dass der Bürgerentscheid natürlich akzeptiert werde. Das Ergebnis habe Auswirkungen auf den finanziellen Spielraum der Stadt, weil das Geld, das jetzt investiert werden müsse, für andere Maßnahmen (auch für Feuerwehrfahrzeuge) nicht zur Verfügung stehe. Die Panne bei der Wahl im Stadtbezirk Brackwede dürfe sich nicht wiederholen, jedoch wehre er sich gegen die pauschale Einschätzung, dass die Wahlhelfer/-innen nicht ausreichend geschult würden. Er plädiere dafür, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) weist nochmals darauf hin, dass die Finanzierung der Freibadsanierung nicht aus dem städtischen Haushalt erfolgen dürfe.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Schmelz (Bürgernähe) vom 07.11.2013:

Die Verwaltung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig die Wahlhelfer/-innen besser geschult werden.

- bei 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt –

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass die zur Abstimmung bei dem Bürgerentscheid am 22.09.2013 gestellte Frage von 68.638 Abstimmungsberechtigten mit „ja“ und von 68.469 Abstimmungsberechtigten mit „nein“ beantwortet wurde. Von den 255.172 Abstimmungsberechtigten haben 141.045 an der Abstimmung teilgenommen. 3.938 Stimmen waren ungültig, 137.107 Stimmen waren gültig.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Abstimmung im Stadtbezirk 015.4 in der Zeit von 08.00 – ca. 12.23 Uhr unter Verstoß gegen den Grundsatz der geheimen Wahl stattgefunden hat.
3. Es wird festgestellt, dass nach dem Ergebnis des Bürgerentscheids die Stadt Bielefeld verpflichtet ist, das Freibad Gadderbaum mit Becken, Rohrsystem, Badtechnik und Solarabsorberanlage teilzusanieren.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Frau Pfaff an gemäß § 31 GO NRW an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 6 **Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6284/2009-2014

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion grundsätzlich gegen Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen sei. Die Vorlage nutze die vom Landesgeber geschaffen Möglichkeiten nicht voll aus und behalte den status quo bei. Der über hundert Jahre alte Grundsatz, die Sonn- und Feiertage als Ruhetage vorzusehen, werde von der „Kapitalseite“ immer wieder in Frage gestellt und durch Ausnahmeregelungen für ausgedachte Festtage ausgehöhlt. Besonders kritisiere er, dass eine Entscheidung über die Köpfe der Gewerkschaft hinweg getroffen werden soll. Darüber hinaus stehe schon in der Bibel, dass am Sabbattag „kein Werk getan“ werden solle, weswegen neben den Gewerkschaftsmitgliedern auch alle anständigen Christinnen und Christen gegen die Vorlage stimmen müssten. Die Sonn- und Feiertage müssten prinzipiell arbeitsfrei bleiben und die Möglichkeiten des Gesetzgebers vollständig ausgeschöpft werden.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist auf das Problem der Bezirke hin, die aufgrund der beschränkten Anzahl der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage teilweise nur an einem Termin ihre Geschäfte öffnen könnten, an dem traditionell kein Fest gefeiert werde. Die meist inhabergeführten Geschäfte würden oft am Existenzminimum arbeiten und wären froh, wenn sie an einem anderen Tag öffnen könnten. Die mit den Stadtbezirken und Werbegemeinschaften erarbeitete Lösung stelle aber einen möglichst großen Kompromiss dar; seine Fraktion empfehle daher die Annahme der Beschlussvorlage.

Herr Meichsner (CDU-Fraktion) erwidert Herrn Ocak, dass bei konsequenter Umsetzung seiner Forderung jede Gaststätte und jede Tankstelle an Sonn- und Feiertagen geschlossen sein müsste.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen der Bezirksvertretungen Senne, Stieghorst und Mitte beschließt der Rat die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen mit dem als Anlage 2 beigefügten Handlungskonzeptes für den Erlass oder die Änderung von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

- bei 5 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen –

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 7 **7. Nachtragssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. November 2001**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6266/2009-2014

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Vor Eintritt in die Tagesordnung).

Zu Punkt 8 **Änderung der Sportförderungsrichtlinien der Stadt Bielefeld**

Beschlussgrundlagen:

Drucksachen: 6342/2009-2014 und
6342/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die neuen Sportförderungsrichtlinien der Stadt Bielefeld, die Anlage zu der Vorlage mit der Drucksachennummer 6342/2009-2014 sind, mit der vom Schul- und Sportausschuss in seiner Sitzung am 15.10.2013 beschlossenen Änderung in § 2 f.

Die Vorlage und die Nachtragsvorlage sind als Anlagen Bestandteile der Niederschrift.

Zu Punkt 9 **Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsheide 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b**

Beschlussgrundlagen:

Drucksachen: 6015/2009-2014
6015/2009-2014/1
6530/2009-2014

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) begründet den nachfolgenden Antrag seiner Fraktion, der den bereits vorliegenden Antrag ersetzt:

1. *Die Gebäude des Übergangsheimes Teichsheide 12a bis 16a bleiben erhalten und werden schrittweise saniert.*
2. *Das Gebäude Eisenbahnstraße 29, 29a und 29b wird als Übergangsheim für Flüchtlinge genutzt. Diese Nutzung wird in dem Objekt Stadtring 79/79a aufgegeben, wenn das Objekt Eisenbahnstraße in Betrieb ist.*

Seine Fraktion fordere, dass das Übergangsheim Teichsheide erhalten bleibe, da es gut in das soziale Umfeld eingebunden sei und die betroffenen Personen, insbesondere wegen der Kinder, in diesem Umfeld bleiben wollten. Das Übergangsheim in der Eisenbahnstraße könne zusätzlich genutzt und das Objekt am Stadtring aufgegeben werden, sobald das Heim in der Eisenbahnstraße in Betrieb sei. Er befürchte, dass bei einer Zentralisierung die Betreuung schlechter werde und aufgrund der Personenanzahl die Konflikte steigen würden.

Herr Weber (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde, weil es sich um eine Änderung in einer Detaillösung handele, die der Gesamtsituation nicht gerecht werde.

Herr Delius (BfB-Gruppe) verweist auf das im Integrationskonzept enthaltene Leitbild „Bielefeld - Zusammenleben in Vielfalt“ und hebt hervor, dass es sich bei dem Flüchtlingsproblem um eine humanitäre Frage handele, die nicht - wie er es aus der Vorlage entnehme - unter wirtschaftlichen Aspekten gelöst werden könne. Die Flüchtlinge sollten freundlich aufgenommen und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als Belastung oder Bedrohung empfunden werden. Deshalb sollte die Sorge aus der Bevölkerung - wie sie sich in der Bezirksvertretung Brackwede artikuliert habe - ernst genommen werden. Es habe sich gezeigt, dass es trotz aller aner kennenswerten Bemühungen nicht ausreichend gelungen sei, tragfähige und dauerhafte Strukturen aufzubauen, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Flüchtlinge nachhaltig schützten. Ziel der Bielefelder Unterbringungspolitik für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge müsse sein, Gemeinschaftsunterkünfte im ersten Schritt möglichst dezentral zu organisieren. Darüber hinaus sollte überlegt werden, die Unterbringung in Übergangwohnheimen stufenweise abzubauen, um eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge im Stadtgebiet und eine Förderung der Integration zu ermöglichen. Es bestehe noch erheblicher Handlungsbedarf, um dem Ziel des Integrationskonzepts gerecht zu werden. So sollte z.B. auch in der Verwaltung die Flüchtlingsfrage in einem Dezernat zusammengefasst werden. Da die Bürgerinnen und Bürgern eingebunden werden müssten und aus Sicht der BfB-Gruppe noch Nachbearbeitungsbedarf bestehe, könne seine Gruppe der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Geilhaar (fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied) hält es für wichtig, die Ablehnung aus der Bezirksvertretung Brackwede zu diskutieren und ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Die Personen müssten auf die Stadtbezirke verteilt werden, sonst werde Bielefeld angesichts des zunehmenden Flüchtlingsstroms ein gesellschaftliches Problem bekommen.

Frau Schrader (Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses, SPD-Fraktion) erläutert, dass Flüchtlinge aufgrund der Situation vor Ort gezwungen seien ihr Land zu verlassen und durch erlebte Verfolgung, Folterungen und Misshandlungen oft unter posttraumatische Belastungsstörungen oder Depressionen leiden würden. Ihres Erachtens müsse die Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa geändert werden. Sie habe den Eindruck, dass alles, was nicht dem Mainstream entspreche, von der Bevölkerung abgelehnt werde. Unter Berücksichtigung des Aspektes, dass die Flüchtlinge menschenwürdig

und angemessen untergebracht werden sollen, spiegelten sich alle Fakten und das Bemühungen der Verwaltung in der vorgelegten Verwaltungsvorlage wider. Deshalb habe der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Vorlage im September 2013 einstimmig mit mehreren Enthaltungen zugestimmt, nachdem zuvor sozialarbeiterische Hilfen für die Einrichtungen beschlossen worden seien. Das Gebäude in der Eisenbahnstraße ermögliche eine würdevolle Unterbringung für Flüchtlinge, eine effizientere Bewirtschaftung gegenüber dem alten Standort, eine bessere Präsenz der sozialarbeiterischen Hilfen, gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung, gute Infrastruktur und eine Kostenreduzierung für die Stadt Bielefeld. Die SPD-Fraktion setze sich dafür ein, dass die Flüchtlinge in Bielefeld willkommen seien und unterstütze die Initiative, das Gebäude an der Eisenbahnstraße entsprechend aller Notwendigkeiten einer würdevollen Unterkunft herzurichten. Die SPD stehe zu ihrer Verantwortung, den sich in Not befindlichen Flüchtlingen umgehend zu helfen.

Herr Weber (CDU-Fraktion) begründet den folgenden Antrag seiner Fraktion:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, kurzfristig ein belastbares Konzept zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für das Stadtgebiet Bielefeld zu erstellen und den zuständigen Gremien des Rates zur Entscheidung vorzulegen.

Er betont, dass die CDU-Fraktion weiterhin die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen im Stadtgebiet Bielefeld befürworte. Die in der Nachtragvorlage beigefügte Übersicht müsse jedoch mit belastbaren Daten gefüllt und ergänzt werden; da nur dann eine fach- und sachgerechte Entscheidung möglich sei. Ziele bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen müssten eine menschenwürdige Unterkunft und ein fachlich abgesichertes Betreuungskonzept sein. Er kritisiert das Vorgehen der Verwaltung, die Beschlussvorlage 6015/2009-2014/1 um eine Infovorlage (Drucksache 6386/2009-2014 „Ausschreibung der Unterkunft für die Erstaufnahmeeinrichtung der ZAB Bielefeld mit 450 Plätzen“) zu ergänzen, die nur in die Bezirksvertretung Brackwede und den Haupt- und Beteiligungsausschuss eingebracht worden war und dem Rat somit vorenthalten worden sei. Dieses Verfahren lehne die CDU-Fraktion ab. Seine Fraktion fordere, ein Flüchtlingsaufnahmekonzept für Bielefeld zu erstellen, das in einem abgestimmten Verwaltungsverfahren von nur einem Dezernat vorzulegen sei. Die vorliegende Beschlussvorlage sei in dieser Form nicht zustimmungsfähig.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht keine Notwendigkeit, die Entscheidung zum Übergangsheim Eisenbahnstraße an die Vergabeentscheidung für die Erstaufnahmeeinrichtung zu koppeln. Auch sie sehe die Verpflichtung der Stadt Bielefeld, die Flüchtlinge aus humanitären Gründen freundlich aufzunehmen und eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Da die Einrichtungen Stadtring und Teichsheide zu kaum vertretbaren Bedingungen geführt würden, suche die Sozialverwaltung schon seit geraumer Zeit nach Räumlichkeiten mit verbesserten Unterbringungsmöglichkeiten. In der Eisenbahnstraße könnten nach erfolgtem Umbau geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern, sollte der

Beschluss nicht länger verzögert werden. Zu dem Einwand der Mitglieder der Bezirksvertretung Brackwede, dass eine „zentrale“ Unterbringung nicht sinnvoll sei, erwidert sie, dass das Konzept darauf setze, die Flüchtlinge in Wohnungen - verteilt auf möglichst viele Stadtteile - unterzubringen und die dezentrale Unterbringung insoweit bereits praktiziert werde. Um die Standards für eine menschenwürdige Unterbringung zu erreichen, bestehe aus ihrer Sicht dringender Handlungsbedarf. Anstatt über vermeintliche Belastungen eines Stadtteils durch Flüchtlinge zu sprechen, sollte den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, hier Fuß zu fassen, ihre Potentiale einzubringen und damit zur Vielfalt in der Stadt Bielefeld beizutragen.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) gibt zu bedenken, dass nicht der Eindruck erweckt werden sollte, die Bielefelder Bürger/-innen hätten Vorbehalte gegen Flüchtlinge. Gleichzeitig sollten aber auch die Bedenken der Bevölkerung in den betroffenen Stadtgebieten ernst genommen werden. Tatsache sei, dass in den jetzigen Unterkünften nicht der Standard vorgehalten werden könne, der für eine menschenwürdige Unterbringung notwendig wäre. Hier müsse gehandelt werden um Konfliktpotential zu verringern und Integration zu ermöglichen. Die Zahl der Flüchtlinge könne die Stadt Bielefeld nicht beeinflussen, sie sei jedoch in der Verpflichtung entsprechende Aufnahmekapazitäten zu schaffen. Bei der Abwägung der Frage, ob eine zentrale oder dezentrale Unterbringung sinnvoll sei, komme seine Fraktion zu dem Entschluss, in diesem Fall das Angebot der BGW zur Nutzung des Gebäudes Eisenbahnstraße anzunehmen. Hierbei handele es sich um eine flexible zentrale Lösung, die die Qualität der Unterbringung verbessere und die es ermögliche, bei geringeren Flüchtlingszahlen das Haus in Wohnungen umzuwandeln. Auch könnten dort bessere Dienstleistungen, wie z.B. sozialarbeiterische Hilfen, angeboten werden. Er empfiehlt, die Entwicklungen abzuwarten und nach ca. 1 1/2 Jahren erneut der Situation anzupassen.

Herr Beigeordneter Kähler macht deutlich, dass die Erstaufnahmeeinrichtung und die Frage, wie die betroffenen Menschen dauerhaft in die Stadtgesellschaft integriert werden können, zwei unterschiedlich zu betrachtende Punkte seien. Er sehe es als richtig an, die Frage der notwendigen Verbesserung der bestehenden Einrichtungen im Hinblick auf die Verhandlungen über die Zahl der Erstaufnahmeplätze zurückgestellt zu haben, weil sich Zahl der Personen, die der Stadt Bielefeld dauerhaft zugewiesen werden, bei steigenden Erstaufnahmen verringere. Nur hier sehe er eine Verknüpfung der beiden angesprochenen Vorlagen, da sich die Zahl der zugewiesenen Personen auf die Umsetzung des Unterbringungskonzeptes auswirke. Das Konzept sehe schon lange eine dezentrale Unterbringung vor, jedoch müssten die Personen leider teilweise aufgrund des knappen Wohnraumes länger in den Übergangsheimen bleiben. Zurzeit würden 41 Wohnungen für eine dezentrale Unterbringungsmöglichkeit in den Stadtteilen Heepen, Jöllenbeck, Senne, Sennestadt, Schildesche, Mitte, Brackwede und Stieghorst genutzt. Weitere Objekte in Senne, Gadderbaum, Stieghorst und Mitte seien in der Prüfung bzw. in Verhandlung. Betroffen seien zurzeit 176 Menschen. Insgesamt halte er es nach Abwägung aller Aspekte für gerechtfertigt, den in der Vorlage vorgeschlagenen Weg zu gehen, zumal in Brackwede eine andere bestehe Einrichtung

geschlossen werden soll.

Herr Weber (CDU-Fraktion) geht auf den Redebeitrag von Frau Rathsmann-Kronshage ein und weist den Vorwurf, seine Fraktion würde eine Verzögerungstaktik betreiben, entschieden zurück. Er kritisiert nochmals das Vorgehen der Verwaltung zur Entscheidungsvorbereitung.

Frau Weißenfeld (SP-Fraktion) wirbt für die Vorlage und mahnt, die Entscheidung nicht auf dem Rücken der betroffenen Menschen durch langwierige Diskussionen zu verzögern. Die vorgeschlagenen Standorte ermöglichen eine würdevolle Unterbringung und berücksichtigen auch die Frage der Wirtschaftlichkeit.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) verdeutlicht nochmals, dass es seiner Fraktion darum gehe, die über Jahre aufgebauten Strukturen und den Standort Teichsheide zu erhalten. Er bestätigt die angesprochenen Wohnungsprobleme, die es gerade Familien mit vielen Kindern erschwere, eine geeignete Wohnung zu finden.

Herr Schmelz (Bürgernähe) bedauert die Uneinigkeit der Politik im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Rat. Die ständig steigende Zahl der Flüchtlinge stelle die Stadtgesellschaft vor immer größer werdende Herausforderungen, weshalb er vorschläge - wie in anderen Städten auch - einen Runden Tisch einzurichten. So könne unter kontinuierlicher Beteiligung der Öffentlichkeit über Hilfskonzepte, neue Standorte von Unterkünften und Wohnungen diskutiert und der sozialen und rechtlichen Verpflichtung zur Betreuung von Flüchtlingen entsprochen werden. Er bitte den Vorschlag als Antrag zu bewerten und im Sozial- und Gesundheitsausschuss darüber zu beschließen. Er werde dem Antrag der Linken zustimmen.

Herr Beigeordneter Kähler erwidert Herrn Schmelz, dass es den Runden Tisch in Bielefeld schon seit Jahrzehnten gebe und dass er als ein Bielefelder Projekt von vielen Städten bereits übernommen worden sei.

Auf Frage von Herrn Schmelz erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass der Runde Tisch mit der Verwaltungsvorlage nicht befasst worden sei.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 07.11.2013:

3. Die Gebäude des Übergangsheimes Teichsheide 12a bis 16 a bleiben erhalten und werden schrittweise saniert.
4. Das Gebäude Eisenbahnstraße 29, 29a und 29b wird als Übergangsheim für Flüchtlinge genutzt. Diese Nutzung wird in dem Objekt Stadtring 79/79a aufgegeben, wenn das Objekt Eisenbahnstraße in Betrieb ist.

- bei 6 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.11.2013:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, kurzfristig ein belastbares Konzept zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für das Stadtgebiet Bielefeld zu erstellen und den

zuständigen Gremien des Rates zur Entscheidung vorzulegen.

- bei 4 Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass das Gebäude Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b unter den beschriebenen Rahmenbedingungen (Drucksache 6015/2009-2014, 6015/2009-2014/1) als Übergangsheim für Flüchtlinge genutzt wird. Diese Nutzung wird in den Objekten Teichsheid 12a – 16a und Stadtring 79/79a aufgegeben, wenn das Objekt Eisenbahnstr. in Betrieb ist.

- mit Mehrheit beschlossen –

Die Vorlage und die Nachtragsvorlagen sind als Anlagen Bestandteile der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 10

Übertragung der Aufgabe Bildung und Teilhabe (BuT) für den Rechtskreis SGB II vom Jobcenter Arbeitplus Bielefeld an die Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6292/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Übertragung der Aufgabe Bildung und Teilhabe (BuT) für den Rechtskreis SGB II vom Jobcenter Arbeitplus Bielefeld an die Stadt Bielefeld, mit Ausnahme der Leistung für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf für Kinder und Jugendliche im laufenden SGB II-Leistungsbezug, zu.
2. Die Übertragung der Aufgabe gilt vom 1.1.2014 für die Dauer von 5 Jahren.
3. Für die Finanzierung der Aufgabe erhält die Stadt eine Bearbeitungspauschale für jeden abschließend bearbeiteten Fall vom Jobcenter Arbeitplus Bielefeld.
4. Für die Aufgabenübertragung werden 10 Stellen des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld, die bisher im Teil 3 des Stellenplanes dargestellt sind, in das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – und damit in den Teil 1 des Stellenplanes verlagert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erteilung der Heilpraktikererlaubnis und der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Psychotherapie in Nordrhein- Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Stadt Köln**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6306/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt den Abschluss der der Vorlage als Anlage beigefügten öffentlich- rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme der Zuständigkeit der Erteilung der Heilpraktikererlaubnis und der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Psychotherapie in Nordrhein- Westfalen zwischen der Stadt Bielefeld und der Stadt Köln.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 12 **Genehmigung der Änderung der Satzung der Kindermann-Stiftung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6212/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Änderung der Satzung der Kindermann-Stiftung vom 14.07.1949 in der Fassung vom 01.03.2011 zu.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 13 **Entsendung von Delegierten zur 8. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6301/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages entsendet der Rat der Stadt folgende Personen in die 8. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen am 12.12.2013 in Köln:

- | | |
|------------------------------------|-----------------|
| 1. Ratsmitglied Wilhelm Kleinesdar | CDU |
| 2. Ratsmitglied Regine Weißenfeld | SPD |
| 3. Ratsmitglied Klaus Rees | Bündnis90/Grüne |

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)**

Zu Punkt 14.1 **Sozial- und Gesundheitsausschuss (Antrag der BfB-Gruppe vom 17.10.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6433/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Sozial und Gesundheitsausschuss

Stellv. Beratendes Mitglied

Bisher: sachk. Bürger Rolf Rüdiger Schuster

Neu: sachk. Bürger Karl Hermann Vagt

- einstimmig beschlossen -

Vorsitz